

Baselbieter SVP setzt sich gegen Baselland-kritische Abschiedsrede von Grossratspräsident Daniel Goepfert zur Wehr

Partnerschaft kostet Baselland vor allem viel Geld

Von Hanspeter Weibel



Der abtretende Basler Grossratspräsident Daniel Goepfert ist in seiner Abschiedsrede den Bewohnern, Landräten, Regierungsratsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern des Nachbarkantons deutlich weniger freundlich begegnet als den Sans-Papiers, die er von Amtes wegen zu begrüssen der Meinung war. Er darf das, aber er darf es nicht unwidersprochen. Dass sich in sozusagen allen partnerschaftlichen Geschäften die Baselbieter von den Städtern über den Tisch gezogen fühlen, hat Tradition. Es ist aber den Baselbietern vorbehalten, ihre Regierung und das Parlament dafür zu kritisieren.

Es entspricht aber ebenso der Tradition, dass die Städter für sich das Hoheitsmonopol für die Definition von partnerschaftlichen Geschäften beanspruchen. Da ist der gewählte Titel in der BaZ zur Rede des abtretenden Grossratspräsidenten in der Tat richtungsweisend: «Es fehlt dem Baselbiet an Selbstvertrauen» und daran müssen die Baselbieter arbeiten. Auch die Regierung. Beispiele gefällig? Soeben wurde bekannt gegeben, dass trotz beschlossener Entlastungspakete die Regierung über allfällige Korrekturen beim Universitätsvertrag nicht zu verhandeln gedenke. Gleichzeitig diktierte der Rektor den Medien, dass er für seine Universität kein Sparpotenzial ausmachen könne. Und der basel-städtische Finanzverwalter merkte listig an, dass bei der Zugrundelegung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Baselland noch deutlich mehr an die Uni bezahlen müsse als bislang. Denn pro Kopf der Bevölkerung mache der Beitrag von Baselland deutlich weniger aus. Wie wenn die Bevölkerungszahl das Mass für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wäre. Vielmehr müsste man als Gradmesser die Steuereinnahmen pro Kopf heranziehen und da verfügt Basel-Stadt über einen doppelt so hohen Betrag, dank der Steuerkraft der Wirtschaft.

Fakten werden ausgeblendet

Vollends aus der Diskussion ausgeblendet wird, dass in der Landschaft wohnende Selbstständigerwerbende, deren Geschäftssitz sich in der Stadt befindet (Anwälte, Ärzte, Handwerksbetriebe), dort auch ihre Steuern entrichten und nicht etwa in Baselland. Ebenfalls ausgeblendet wird regelmässig, dass fast die Hälfte der Studierenden an der Uni Basel nicht aus den beiden Kantonen kommt und mit bescheidenen Studiengebühren zur Kasse gebeten werden. Der grösste Beitrag an die Kosten der Uni wird ja von den beiden Basel beigesteuert. Diese einseitige Kostenübernahme bleibt eine unbefriedigende Lösung. Bezahlen ja, Universitätskanton nein, lautet die Losung.

Baselland darf sich jeweils kostenwirksam beteiligen. Und das ohne Mehrwert.

Und wenn Basel-Stadt freundlicher Weise die Mieten für ihre Liegenschaften der Lehre und Forschung anhebt, dann hat dies im Stadtkanton keine finanziellen Auswirkungen, da hier ein Transfer von der rechten in die linke Hosentasche erfolgt. Oder wenn das wirtschaftswissenschaftliche Zentrum der Universität Basel sowie die Jurisprudenz im wohl teuersten Bau der Uni, im Merian-Haus am Bahnhof, eingemietet ist (eine Verschiebung ins Baselbiet stand ausser Frage), so spielen die Kosten keine Rolle. Baselland darf sich in beiden Fällen kostenwirksam beteiligen. Ohne Murren. Und schon hat Basel-Stadt seine Einnahmenseite insgesamt wieder verbessert – zulasten von Baselland. Und dies ohne Mehrwert notabene. Denn



Fasnachtsujet. Gerne mal mit einem Schmunzeln blicken die Stadtbasler, wie hier die Pfluderi-Clique im vergangenen Jahr, über die Hülfenschanz auf die Sparbemühungen der Baselbieter. Foto Elena Monti

wenn Aufträge zu vergeben sind, dann muss sich das Gewerbe in Baselland zur Wehr setzen, wird es doch meistens grosszügig übersehen. Schliesslich für die Auftragsvergabe ist wiederum Basel-Stadt zuständig.

Schon fast ins Tragische verkommt es, wenn Herr Goepfert die Frage der Verwaltung anspricht: «Schwieriger sieht es aus bei den Doppelspurigkeiten in der Verwaltung (...) übersehen wird aber, dass die Rechtslage in beiden Kantonen verschieden ist und dass, solange es so bleibt, nach verschiedenen Gesetzen verwaltet werden muss und eine Zusammenlegung deshalb keine grossen Einsparungen bringen kann.» Daraus könnte der Eindruck entstehen, dass Herr Goepfert die effiziente Verwaltung von Basel-Stadt anspricht und dabei unterstellt, die Verwaltung Basellands sei ineffizient. Versuchen wir es doch mit ein paar wenigen Eckdaten: Basel hat rund 190 000 Einwohner und einen Beamtenstab von über 20 000 Beamten, Baselland rund 277 000 Einwohner und etwa 13 000 Beamte (immer Kan-

tons- und Gemeindebeamte). Der Kanton Basel-Stadt zahlt im Schnitt 10 bis 20 Prozent höhere Löhne und dies in erster Linie bei den Kaderpositionen inklusive Regierungsräten.

Verträge führen zu Defizit

Aus diesen Daten kann man nicht gerade schliessen, dass hier Basel-Stadt sehr vorbildlich und effizient verwaltet. Man darf immerhin anmerken, dass die Verwaltungstätigkeit in den beiden Kantonen ähnlich sein dürfte. Basel-Stadt kann sich dies nur dank der in Baselland leider fehlenden Steuereinnahmen juristischer Personen leisten. Wenn der Finanzdirektor in Baselland regelmässig das strukturelle Defizit beklagt, dann vergisst er dabei ebenso regelmässig auf die Gründe hinzuweisen. Diese liegen zu grossen Teilen in den zulasten Basellands ausgehandelten Partnerschaftsverträgen. Die 50/50-Lösung ist angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine für Baselland schlechte Lösung, denn sie zwingt den Landkanton, wesentliche Einsparungen im Rahmen des Ent-

lastungspaketes vorzunehmen, damit es die überproportionalen Kostenbeteiligungen aus den Partnerverträgen (Uni, FHNW, Rheinländen) überhaupt finanzieren kann. Zu den anstehenden Investitionen der Uni, bei denen sich Baselland mittels Verträgen beteiligen muss, ist noch anzumerken, dass der Landrat demnächst die geplanten Budgets genehmigen muss oder müsste. Das wird noch interessante Diskussionen auslösen. Der Kanton Baselland hat im Zuge der sich rasch verändernden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen unbestritten Fehler und Fehlentscheidungen getätigt. Dass diese überhaupt erst bekannt wurden und nun aufgearbeitet werden können, ist die Folge konsequenter parlamentarischer Oberaufsicht. Ob und inwiefern diese Aufsicht in Basel-Stadt funktioniert und allenfalls bei konsequenter Umsetzung Ähnliches ans Licht befördert hätte, entzieht sich uns. Die Planung um das Bruderholzspital hat viel verbranntes Geld hinterlassen. Dazu hat die Haltung der Basel-Städter beige-

tragen, die sich einer Diskussion um den richtigen Standort der Spitäler mit dem Hinweis auf das unantastbare Universitätsspital entziehen. Auch hier wird aus Stadtbasler Sicht Partnerschaft so verstanden, dass der Partner Baselland noch das «schaffen» darf, was für die Städter wenig interessant ist. Mit der Verselbstständigung der Spitäler sind aber die Anwürfe von Herrn Goepfert obsolet geworden. Das Problem aber ist noch nicht beseitigt, denn nun ist mit der freien Spitalwahl eine neue Situation entstanden. Ins-künftig entscheidet der Patient und damit der Markt, in welches Spital er gehen will. Und dabei wird er sich an der Qualität und Sicherheit seiner Behandlung orientieren.

Häfen als schlechtes Beispiel

Vollends den Vogel schießt Herr Goepfert aber mit der folgenden Bemerkung ab: «Es könnte meiner Meinung durchaus sein, dass die heimlichen Befürworter eine knappe Mehrheit bilden. Sie müssten sich untereinander einfach zu erkennen geben. Als Codewort empfehle ich «Rheinländen», ein anderes Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen den Halbkantonen.» Damit will er verstehen, was Herr Goepfert unter «erfolgreicher Zusammenarbeit»

Baselland wird traditionell und regelmässig von Basel-Stadt über den Tisch gezogen.

versteht, ein paar Fakten: Vor der Zusammenlegung der Rheinländen zahlte Baselland jährlich 1,1 Millionen Franken an Personalkosten und konnte einen Gewinn von 7,5 Millionen Franken einstreichen. Ganz anders die Zahlen in Basel-Stadt: Der Stadtkanton zahlte vor der Fusion 3,1 Millionen an Personalkosten und nahm lediglich einen Gewinn von 2,8 Millionen Franken ein. Mit der Zusammenlegung der Rheinländen hat sich das drastisch verändert: Heute zahlen die beiden Basel gemeinsam Personalkosten von 4,2 Millionen Franken. Auf der anderen Seite ist ein Gewinn von insgesamt 7,8 Millionen Franken zu verzeichnen. Davon gehen nur noch 3,5 Millionen Franken an Baselland – nicht einmal die Hälfte.

Das Resultat bedeutet also auch in diesem Fall: Basel-Stadt konnte einen Teil seines Aufwandes mit Baselland teilen, und das Baselbiet hat freundlicher Weise einen erheblichen Teil seines Gewinnes dem Stadtkanton zur Verfügung gestellt. Aber es kommt noch schlimmer: In Zukunft werden die Basler Rheinländen zu Wohnquartieren (à la Hamburg, man wohnt am Wasser), oder sie werden verkauft (St. Johann an Novartis). Wo werden künftig die Umsätze (Güterumschlag) getätigt? Im Baselbiet natürlich, in Birsfelden und Schweizerhalle. Lärm und Verkehrsaufkommen hat man aus Basler Sicht erfolgreich transferiert.

Die Töne werden wahrgenommen

Auch aus baselländischer Sicht eignet sich das Codewort «Rheinländen» hervorragend, um zu dokumentieren, wie Baselland traditionell und regelmässig von Basel-Stadt über den Tisch gezogen wird. Hätte Herr Goepfert die Parteizeitung «flash» der SVP Baselland abonniert, dann hätte er in der Dezemberausgabe im Artikel von Andreas Trüssel bereits viele Hinweise zu den ungleichgewichtigen Staatsverträgen entnehmen können. Das Verdienst Herr Goepferts ist es, die Frage der Zusammenarbeit der beiden Kantone aus der Sicht eines basel-städtischen Politikers dargelegt zu haben. Es sind Töne, die in Baselland sehr wohl wahrgenommen werden, und es ist zu hoffen, dass in Baselland endlich einmal am eigenen Selbstverständnis, Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gearbeitet wird.

Hanspeter Weibel sitzt für die SVP im Baselbieter Landrat, dessen Geschäftsprüfungskommission er präsidiert. Der 59-Jährige wohnt in Bottmingen.